

### Herr Brunnhuber, Sie sind das einzige Mitglied aus Sachsen im Club of Rome, weltbekannt für seinen Bericht „Grenzen des Wachstums“. Was waren die Grundaussagen?

Der Bericht kam fast auf den Tag genau vor 50 Jahren heraus. Er ist einer der bedeutendsten Nachhaltigkeitsberichte der Weltgeschichte geworden. Die Kernaussage war nicht Alarmismus, Angst oder Apokalypse, sondern, wenn wir so weitermachen, werden wir in 80 bis 100 Jahren, also um das Jahr 2050, in der Form nicht mehr so zusammenleben können. Als der Bericht herauskam, gab es das Thema Biodiversität noch nicht. Die Probleme des Klimawandels, der Plastikvermüllung und Humusbildung auch nicht. Sie wurden später in die Modellierung aufgenommen, haben aber die Grundaussagen von damals bestätigt: Die Art und Weise, wie wir wirtschaften und zusammenleben, wird bei der gegebenen Bevölkerungsentwicklung, bei der Industrieproduktion, bei der Landnahme und bei der Form der Lebensmittelproduktion und Agrarpolitik zum Kollaps führen.

### Damals redete man von Grenzen des Wachstums. Heute verfolgt die Politik die Idee eines grünen Wachstums in dem Sinne, wir steigern das Bruttoinlandsprodukt und schonen dabei die Umwelt. Ist das möglich?

Der Begriff des Wachstums ist unscharf und ideologisch überladen. Natürlich werden wir die nächsten 100 Jahre wachsen, die Frage ist nur, was wird wachsen. Die Menschen können sich weltweit darauf einigen, dass sie mehr Kindergärten brauchen, mehr Gesundheitsversorgung, mehr Forschung und Entwicklung, mehr erneuerbare Energien und Wasserstoff. Das heißt, wir orientieren uns mehr an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, die wir seit über fünf Jahren diskutieren. In all diesen Bereichen geht es um „mehr“ und nicht um „weniger“. Ich verwende deshalb für den gerade beschriebenen Teil des Wachstums lieber den Begriff Entwicklung. Das ist der erste Unterschied.

### Was ist der zweite Unterschied?

Die herkömmlichen statistischen Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt bilden das Wachstum im Sinne fossiler Wertschöpfung ab, aber nicht das, was die Menschen eigentlich haben wollen. Wenn jetzt eine nachhaltige Entwicklung entsteht, braucht es auch andere statistische Kennzahlen. Eine ist zum Beispiel der Human Development Index der UN. Dieser Index für die menschliche Entwicklung wird auch als Wohlstandsindikator für Staaten bezeichnet. Menschen orientieren sich immer an Zahlen und können nur das, was sie messen, auch managen. Die Zahl des Bruttoinlandsprodukts ist unvollständig und muss ergänzt werden durch andere statistische Maßzahlen.

### Es geht also darum: wie wollen wir leben und was ist dafür nötig?

Genau. Dass wir die Betrachtung ändern, weg vom Wachstum zur Entwicklung. Wenn Sie die Frage: „Was wollen wir eigentlich?“ auf der globalen Ebene herunterbrechen, dann sind es immer die gleichen Dinge, egal wo Sie sind. Jeder Mensch will frische Luft, Kindergartenplätze, gute Ernährung, keinen Krieg und erneuerbare Energien haben. Auf der Ebene streiten wir



## „Es gibt nur ein grünes Wachstum“

Kann die Wirtschaft weiterwachsen angesichts von Klimakrise und Artensterben?  
Professor Stefan Brunnhuber, Mitglied des Club of Rome, bezweifelt das.

uns nicht, weder zwischen Ost und West in Deutschland noch zwischen Europa und Afrika. Darüber herrscht auch politischer Konsens. Die Länder haben im September 2015 in der UN in New York unterschrieben, die 17 Nachhaltigkeitsziele in den nächsten 15 bis 20 Jahren umsetzen zu wollen. Und wir haben die wissenschaftliche Evidenz.

### Was heißt das?

Wir wissen, wie man ein Naturreservat bestellt, wie man eine Infektionskrankheit wie Malaria bekämpft, wie man eine Kindergärtnerin ausbildet und wie man erneuerbare Energien produziert. Die Technologien sind da, um die Ziele mehr oder weniger global umzusetzen. Aber was uns fehlt, ist die Frage, wie wir das finanzieren.

### Vor allem wie wir es gerecht finanzieren?

Es entstehen drei Spannungsfelder, in die die Frage der Finanzierung mit eingebunden ist. Dieser Punkt ist durch die komplette Nachhaltigkeitsdebatte bis heute unterrepräsentiert. Es geht nicht um die Frage, Nachhaltigkeit ja oder nein, sondern wie wir das finanzieren wollen. Diese Frage haben wir nie richtig beantwortet. Wenn wir die Rechnung aufmachen, müssen wir wissen, welche Auswirkungen hat der Umbau auf die jetzige Generation, auf die Armen

und die Reichen, auf den Norden und den Süden der Erdhalbkugel und auf die späteren Generationen. Dann werden wir sehen, dass das Geld- und Finanzsystem, wie es momentan aufgebaut ist – vom Steuersystem über das Ordnungs- und Haftungsrecht bis zu den Zentralbankmandaten – falsche Anreizstrukturen schafft.

### Können wir das am Beispiel des europäischen Green Deal erklären. Wie muss sich das Finanzsystem ändern, damit er finanziert werden kann?

Lassen Sie uns einen Schritt gedanklich zurücktreten. Was wir jetzt sehen mit dem Krieg, der Pandemie, dem Klimawandel, dem Artensterben, der Migrationsbewegung und den steigenden Nahrungsmittel- und Energiekostenpreisen sind für mich im Kern keine Krisen, sondern Symptome, die einen Wechsel im Aggregatzustand unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens beschreiben.

### Können Sie das bitte erklären?

Wir sind an der Schwelle, an der alle diese Symptome, die wir gerade beschrieben haben, zu chaotischen Turbulenzen führen, die sich ständig überschneiden und die uns herausfordern zu fragen, gehen wir in die Richtung einer offenen Gesellschaft oder gehen wir in Richtung Autokratie, wo Kriege und Desaster vorherrschen? Die Kompo-

nenen einer Gesellschaft geraten beim Wechsel von einem Zustand in einen anderen Zustand in Turbulenzen, bevor sich eine neue Ordnung findet. An dieser Schwelle sind wir gerade.

### Und wie muss sich das Finanzsystem nun ändern?

Dazu müssen wir klären, wie wir es denn bisher machen. Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie erzielen Gewinne, die mit Steuern und Abgaben belegt werden und am Ende dieser Wertschöpfungskette wird das Geld aus Abgaben und Steuern verwendet, um öffentliche Güter wie Kindergartenplätze oder Nachhaltigkeit im weitesten Sinne zu bezahlen. Es findet eine Umverteilung statt. Märkte müssen subventioniert oder besteuert werden, um öffentliche Güter im besten Sinne des Wortes zu ermöglichen. Dieser Mechanismus ist aber für die nachhaltige Entwicklung, die wir uns vorstellen, viel zu langsam, ineffizient, administrativ zu aufwendig und in seinen Volumina viel zu gering.

### Was wäre die Alternative?

Die Zentralbanken haben im Jahr 2008 Milliardenbeträge ins Bankensystem gepumpt, um es weltweit zu retten. Vereinfacht gesagt: Wie wäre es, wenn man Zentralbankgeld über die europäischen Entwicklungs- und Förderbanken, die EIB oder die KfW unmittelbar und zielgenau zur Gegenfinanzierung der 17 Nachhaltigkeitsziele verwenden könnte? Im Gegenzug könnten Steuern und Abgaben gesenkt werden. Ein konkretes Beispiel: Wenn sie in Europa Windradanlagen errichten wollen, haben sie Kapitalkosten von 0,5 bis ein Prozent. In Indonesien oder Ghana, wo mehr Wind ist und die Sonne häufiger scheint, sind die Kapitalkosten für die gleiche Technologie, für die gleiche Windmühle, für das gleiche Solarpanel acht bis zehn Mal höher. Wäre es nicht denkbar, dass die Weltbank und die afrikanische Entwicklungsbank sagen: Okay, ein sauberes Klima ist ein öffentliches Gut, davon hätten nicht nur die Menschen in Ghana einen Nutzen, sondern auch die Europäer und deshalb finanzieren wir die neun Prozent Risikokosten gegen. Dann stellen Ghana und Indonesien morgen um. Das sind nicht alles Klimaleugner, sondern die Politiker haben Verantwortung für Arbeitsplätze und ihren Staatshaushalt. In der Sache geht es um eine risikoangepasste Geld- und Finanzpolitik. Mit einer reinen Umverteilung von Steuern und Abgaben lässt sich eine nachhaltige Entwicklung nicht finanzieren. Die Kosten für zukünftige Risiken sind zu hoch. Das ist mein Thema seit 25 Jahren. Deshalb bin ich im Club of Rome und versuche mich in verschiedensten Gremien mit einzubringen.

### Grünes Wachstum ist also möglich, nur mit einem anderen Finanzsystem?

Ich gehe noch weiter: Nur ein grünes Wachstum birgt eine Entwicklungsmöglichkeit und ist zukunftsoffen. Jeder Versuch, das mit fossilen Energieträgern in den gegenwärtigen Wertschöpfungsketten abzubilden, führt nicht in Wachstum, sondern in Kriege. Auch der Krieg in der Ukraine ist zum Teil ein Energiekrieg. Es gibt nur ein grünes Wachstum.

■ Das Gespräch führte Nora Mithke.

### Wer ist Herr Brunnhuber?

- **Stefan Brunnhuber** ist Ärztlicher Direktor an den Diakonie Kliniken Zschadraß und hat eine Professur für Nachhaltigkeit mit Schwerpunkt Finanzen an der Hochschule Mittweida.
- **Der Club of Rome** ist ein Zusammenschluss von Experten verschiedener Disziplinen aus über 30 Ländern. Er wurde 1968 gegründet. Die gemeinnützige Organisation setzt sich für eine nachhaltige Zukunft ein.

### MEIN BEITRAG

## Meine kleine grüne Oase



FRANZISKA SCHUBERT  
Grünen-Fraktionschefin  
im Sächsischen Landtag

Ich habe vor elf Jahren, als ich zurückgekommen bin nach Sachsen und schließlich in die Oberlausitz, einen Verein gegründet in Neugersdorf, der sich seither um nachhaltige Nutzung alter Industriebrachen im ehemaligen Lautex-Quartier kümmert. Da bin ich auch immer noch Vorsitzende und liebe es, bei dem, was wir tun, abzuschalten von der Politik. Die Flächen werden für unsere Bienen genutzt – wir stellen zahlreiche Bienenprodukte und den sehr beliebten Honig „GoldKind“ her, den wir lokal vertreiben und damit die (Umwelt-)Bildungsarbeit über alle Generationen hinweg mitfinanzieren.

Ge-mäht wird auf den Blühwiesen im doppelten Sinne – mit Schafen, die ich sehr liebe, und mit der Sense. Wir haben unter anderem einen essbaren Waldgarten mit grünem Klassenzimmer angelegt und einen „Garten des ewigen Gemüsetopfs“. Außerdem sind wir im „Puppenstube“-Projekt als Schmetterlingswiese dabei. Unser nachhaltiger Umgang mit den Flächen sowie zahlreiche Baumpflanzungen von insbesondere Obstbäumen sorgen für hohe Biodiversität. Geplant ist für dieses Jahr ein Lavendelwall für die Spreequellstadt, eine Bienenlehrwelt und ein kleines Projekt für nachhaltigen, naturnahen Tourismus.

### NACHRICHTEN

## Israels Polizei nimmt 50 IS-Unterstützer fest

Tel Aviv. Nach einer Anschlagswelle in Israel hat die Polizei insgesamt 50 mutmaßliche Unterstützer der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) festgenommen. Der Inlandsgeheimdienst Schin Bet kümmere sich um die Verdächtigen, berichtete der öffentlich-rechtliche Rundfunk Kan am Montag. Laut der Zeitung Haaretz gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass es rund 200 israelische Araber gibt, die sich mit dem IS identifizieren. Darunter seien 20, die im Namen der Terrororganisation Anschläge begehen könnten. In den vergangenen zwei Wochen wurden in Israel bei einer Anschlagsserie elf Menschen getötet. Bei zwei der drei Attentate waren die Angreifer israelische Araber mit Verbindungen zum IS. (dpa)

## Rechtsextremist wegen Anschlags von 1991 in Haft

Karlsruhe. Rund 30 Jahre nach einem Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft mit einem Toten in Saarlouis ist ein Mann festgenommen worden. Wie die Bundesanwaltschaft am Montag mitteilte, bestehe gegen den Deutschen der dringende Tatverdacht des Mordes, des versuchten Mordes zum Nachteil von 20 Menschen sowie der Brandstiftung mit Todesfolge. Nach Überzeugung der Behörde hat der heute 50-Jährige im September 1991 aus rassistischer Gesinnung einen Brand in Saarlouis gelegt. Zuvor hatte er sich mit rechtsextremistischen Gesinnungsgenossen getroffen. Dabei sei über die rassistisch motivierten Anschläge auf Unterkünfte für Ausländer in Hoyerswerda gesprochen worden. Die Gesprächsteilnehmer sollen erklärt haben, dass sie solche Anschläge auch in Saarlouis begrüßen würden. (dpa)

## Ungarns starker Mann

### Im Blickpunkt

Nach zwölf Jahren an der Macht feiert Viktor Orban einen weiteren fulminanten Wahlsieg. Nun wagt er eine Kraftprobe.

VON GREGOR MAYER, BUDAPEST

Wer Viktor Orban kennt, weiß, dass Ungarns starker Mann alle Register der Machtausübung beherrscht, im tiefsten Inneren aber unsicher sein kann. Vor dem Wahlgang am Sonntag rechnete er zwar mit einem vierten Sieg in Folge, ließ aber dennoch Zweifel durchblicken.

Als am Sonntagabend die Teilergebnisse eintrudelten und einen massiven Wahlsieg der rechtsnationalen Regierungspartei Fidesz vermuten ließen, schien es, als ob Orban es kaum fassen konnte. Fidesz kam auf 53 Prozent der Stimmen und 135 der 199 Parlamentsmandate. Als er an der Budapest Veranstaltungshalle vor seine Anhänger trat, überschlug sich seine Stimme



Viktor Orban hatten vor der Wahl offenbar noch leise Zweifel geplagt, ob er gegen den Herausforderer der Opposition bestehen kann. Foto: AP/dpa

gegen die Fidesz-Partei gestemmt. Es sind die üblichen Verdächtigen: „Brüssel“ – das heißt die EU-, der ungarischstämmige US-Investor und Demokratie-Förderer George Soros, die „internationale Linke“ und die internationalen Medien.

gegen die Fidesz-Partei gestemmt. Es sind die üblichen Verdächtigen: „Brüssel“ – das heißt die EU-, der ungarischstämmige US-Investor und Demokratie-Förderer George Soros, die „internationale Linke“ und die internationalen Medien.

### IMPRESSUM

#### Sächsische Zeitung

Unabhängige Tageszeitung • Pflichtblatt der Börse Berlin

**Verlag** DDV Mediengruppe GmbH & Co.KG, Dresden  
**Chefredakteur** Uwe Vetterick (verantwortlich i. S. d. P.)  
**Geschäftsführer** Carsten Dietmann (verantwortlich)  
**Hausanschrift** Ostra-Allee 20, 01067 Dresden  
**Postanschrift** Sächsische Zeitung, 01055 Dresden

**Druck** DDV Druck GmbH  
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden  
geschäftsführer Volker Klaes  
klaes.volker@ddv-mediengruppe.de  
DDV Sachsen GmbH, Ostra-Allee 20,  
01067 Dresden  
Verlagsgeschäftsführer Carsten Dietmann  
(verantwortl. für den Anzeigenteil)  
dietmann.carsten@ddv-mediengruppe.de  
Vertriebsleitung Nikolaus von der Hagen  
vertriebsleitung@ddv-mediengruppe.de  
Marketingleitung Susann Puschke  
puschke.susann@ddv-mediengruppe.de

Im Abonnement ist das wöchentlich erscheinende TV-Magazin „rtv“ enthalten. Zeitungsabbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen 6 Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Treffpunkten vorliegen. Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/1a / 2022.

Ausführliches Impressum sonnabends. Impressum Lokalteil siehe dort.  
**Redaktionstelefon** 0351 4864-2273  
**Aboservice** 0351 4864-2107 o. 01802 328328 (Mo - Fr 7-18 Uhr, Sa 8-12 Uhr; 6 Ct./Anruf a. d. dt. Festnetz, Mobilfunknetz max. 42 Ct./Min)  
**SZ-TicketService/Anzeigen** 0351 84042002 / 840444  
**SZ-Reisen** 0800 2500000 (Anruf kostenlos) Mo - Fr 9 - 18 Uhr  
**E-Mail-Adressen** redaktion@saechsische.de  
anzeigen@ddv-mediengruppe.de; abo@ddv-mediengruppe.de  
**Internet** http://www.saechsische.de; http://www.doebelneranzeiger.de